Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bzw. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr, Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 50 Pfg., als Eingesandt Zeile 60 Pfg. An Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 80 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Carola-Chocolade.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Fächer in allen Preislagen. **Ball-Schmuck** in echter Fassung. **Friedrich Pachtmann,** Schloss-Str.

Techn. Gummiwaren für alle Arten Betriebe. Dichtungen, Gasbeutel, Schläuche, Transportmäntel etc. etc. **Reinhardt Leupolt, Gummiwarenfabrik,** Dresden-A., Wettinerstrasse 26. Telephon 289.

Julius Schädlich Am See 16, part. u. I. Et. **Beleuchtungs-Gegenstände** für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Künstliche Hände und einzelne Finger-Prothesen, Ersatzteile für verstümmelte und verkrüppelte Hände und Finger fertigt in künstlerisch Ausführung als Spezialität **Carl Wendschuchs Etablissement** Struvestrasse 11.

Nr. 328. Spiegel: Zentrumsantrag über die auswärtige Politik. Hofnachrichten. Landgerichts-Präsident v. Boie †. Innere Mission. Stablewski †. Marokko. Französ. Theateraufführung. | Mutmaßl. Witterung: **Kühl, veränderlich.** | **Mittwoch, 28. November 1906.**

Der Zentrumsantrag über die auswärtige Politik,

der von dem Abgeordneten von Hompesch eingebracht worden ist und dahin geht, den Reichskanzler zu ersuchen, alljährlich dem Reichstage urkundliches Material über die internationalen Beziehungen des Deutschen Reiches vorzulegen, stellt einen Versuch dar, den parlamentarischen Einfluß auf dem Gebiete der auswärtigen Angelegenheiten zu erweitern. Sofern nur die Voraussetzung gewahrt wird, daß man die Regierung mit der Zumutung verschont, sich einer ständigen Kontrolle des Reichstages in auswärtigen Dingen zu unterwerfen, läßt sich grundsätzlich gegen den Antrag nichts einwenden, weil die bisherige Art, wie sich der Reichstag mit auswärtiger Politik befaßt und von der Regierung befaßt wird, nichts weniger als vorbildlich ist. Einmal passiert es überhaupt nur ziemlich selten, daß die Leitung unseres auswärtigen Amtes sich bewogen findet, dem Reichstage in sogenannten „Weißbüchern" amtliche Mitteilungen über wichtige Vorgänge auf dem Gebiete des Auswärtigen zu machen. Zum anderen aber pflegen die allgemeinen Debatten über die auswärtige Politik, die ja regelmäßig mit der Etatsberatung verknüpft werden, nicht gerade auf der Höhe der parlamentarischen Gebarung zu stehen. Sie tragen vielfach einen geradezu dilettantenhaften Anstrich, verlieren sich in endlose allgemeine Betrachtungen und vernachlässigen die gründliche Behandlung von speziellen Fragen, auf die sich das jeweilige politische und nationale Interesse konzentriert. Die Sucht unserer Volksvertreter, bei dem Etat über alle möglichen und noch einige Dinge zu reden oder vielmehr alles, was ihnen gerade in den Sinn kommt, zu einem endlosen Brei auszuwalzen, beeinflußt auch die Verhandlungen über auswärtige Politik in so ungünstiger Weise, daß sie gegen die schulgerechte und verständnisvolle Art, wie internationale Fragen in den Parlamenten Englands und Frankreichs erörtert zu werden pflegen, stark abfallen. Es könnte also durchaus nichts schaden, einmal eine Probe mit einem Mittel zu machen, das sich vielleicht als tauglich erweist, das Niveau der Reichstags-Verhandlungen über auswärtige Angelegenheiten um einiges zu heben.

Das erstrebte Ziel wird mit Hilfe des Zentrumsantrages um so besser erreicht werden, je weniger überschwenglich man die Wirkung auffaßt, die von einer solchen Anregung und ihrer Befolgung durch die Regierung vernünftigerweise erwartet werden kann. Daß keine Regierung, auch die konstitutionellste nicht, daran denken darf, vor dem Parlament ihre geheimen und geheimsten Karten im auswärtigen Spiele aufzudecken, liegt auf der Hand. Auch die englische Regierung sagt auf die zahlreichen Anfragen, die an sie gestellt werden, nur das, was sie will und was sie mit den internationalen Beziehungen für vereinbar hält, und oft genug kommt es vor, daß der Leiter der auswärtigen Angelegenheiten eine Antwort kurz und bündig verweigert, weil er im augenblicklichen Stadium der Sache nicht im stande sei, etwas darüber zu verlautbaren. Der heikle Charakter des diplomatischen Geschäfts bringt es mit sich, daß seine Vertreter ihr Tun und Lassen stets mehr oder weniger mit dem Schleier des Geheimnisses zu umgeben gezwungen sind, eine Notwendigkeit, die den Fürsten Bismarck auf eine ähnliche Anregung hin zu der Antwort bewog, er werde versuchen, etwas „Unschädliches" für den Reichstag zusammenzustellen; er müsse dann aber über denselben Gegenstand zweierlei Depeschen schreiben, solche, die wirklich in der Diplomatie Geltung haben sollten, und solche, die zur Veröffentlichung bestimmt seien. Diese so völlig absprechende Aeußerung Bismarcks besitzt allerdings unter den heutigen Verhältnissen keine ganz unbedingte Beweiskraft mehr, weil sie innerhalb des Rahmens der damaligen Zeit beurteilt werden muß, als der Altreichskanzler mit den starken demokratisch-parlamentarischen Vorstößen zu rechnen hatte, die von der Reichstagsmehrheit Windthorst-Richter-Grillenberger ausgeführt wurden, so daß Bismarck unmöglich eine Maßregel, die den Einfluß eines solchen Parlaments zu verstärken bestimmt war, mit Wohlwollen behandeln konnte.

In dieser neuen Zeit ist aber bekanntlich manches anders geworden, und so hat sich auch der Reichstag, wenngleich er noch weit davon entfernt ist, ein Musterknabe zu sein, in nationaler Hinsicht doch so weit gebessert, daß die Regierung immerhin daran denken könnte, ihm auf dem Gebiete der auswärtigen Angelegenheiten in der Richtung des Zentrumsantrages entgegenzukommen. Nur muß verhütet werden, daß man auf diesem Wege wieder zu dem alten Uebel der allgemeinen auswärtigen Debatten zurückkehrt, und gerade hier läßt der Zentrumsantrag die nötige Klarheit vermissen, weil aus dem Wortlaute nicht ersichtlich ist, ob die gewünschte, durch amtliche Aktenstücke zu belegende Orientierung über die auswärtige Politik dem Reichstage alljährlich in Gestalt einer allgemeinen Uebersicht oder in der Form der Behandlung von Einzelfragen gegeben werden soll. Nur wenn letzteres der Fall ist, erscheint für die auswärtigen Reichstagsdebatten der erforderliche Rückhalt an bestimmten Tatsachen gegeben, der allein die Verhandlungen in eine positive Richtung zu lenken und ihnen Ansehen und Beachtung im Inlande wie im Auslande zu sichern vermag. In Würdigung dieses Gesichtspunktes ist von rechtsliberaler Seite der Vorschlag gemacht worden, den Antrag von Hompesch genauer zu spezialisieren durch die Forderung, die Regierung möge dem Reichstage regelmäßig Weißbücher über einzelne Aktionen und Phasen der deutschen Auslandspolitik vorlegen. Nach einer offiziösen Auslassung der „Kölnischen Zeitung" zu schließen, die solche urkundlichen Veröffentlichungen in allgemeiner Form für überflüssig und nutzlos erklärt, dagegen bei bestimmten Fragen, über die die Oeffentlichkeit ein Recht auf Unterrichtung habe, die Herausgabe von Weißbüchern als nützlich und nötig bezeichnet, scheint Fürst Bülow nicht abgeneigt zu sein, das Bedürfnis des Reichstags nach reichlicherer auswärtiger Information wenigstens insoweit zu befriedigen, als es sich um die häufigere Vorlegung von Weißbüchern handelt, womit freilich noch nicht gesagt ist, daß diese alljährlich herausgegeben werden sollen.

Aus der Forderung der jährlichen Vorlegung von urkundlichem Material braucht man schließlich keine Kardinalfrage zu machen. Auch die maßgebende konservative Presse ist gegen dies Verlangen, teils aus Bedenken gegen die damit begründete parlamentarische Machterweiterung, teils aus Besorgnis, daß dadurch auf die Dauer das ganze Verfahren zu einer bloßen Form ohne Inhalt herabgedrückt werden könnte, indem der Reichskanzler sich am Ende damit begnügte, dem Reichstage jahraus, jahrein einige unwichtige Brocken hinzuwerfen und im übrigen alles beim alten zu lassen. Von Vorteil dagegen sei es, daß der Reichstag überhaupt mehr als bisher über die wichtigen Fragen und Vorgänge in der auswärtigen Politik unterrichtet werde; denn die Oeffentlichkeit verlange heute nach solcher Aufklärung, aber nicht sowohl nach periodischen, als vielmehr nach rechtzeitigen und wahrheitsgemäßen amtlichen Erklärungen, die geeignet seien, einer Beunruhigung der öffentlichen Meinung durch unverantwortliche Laienpolitiker vorzubeugen. Das ist ein Standpunkt, dem man als dem Mindesten, das zu fordern ist, unbedingt zustimmen muß. An eine unbefugte Einmischung des Reichstags in die auswärtige Politik, wie sie in einer ständigen parlamentarischen Kontrolle liegen würde, denkt bei uns kein Vernünftiger. Sie scheitert auch selbst da, wo der politische Radikalismus, wie in dem „erzdemokratischen" Frankreich, sie zu verwirklichen bestrebt ist, an der Wucht der Tatsachen. Man denke nur an die famose „Kontrolle", die von der französischen Parlamentsmehrheit an den Delcasséschen Machenschaften geübt worden ist! Der parlamentarischen „Oberaufsicht" zum Trotz konnte Herr Delcassé ungestört so lange seine diplomatische Geheimwirtschaft betreiben, bis jählings das Kriegsgespenst sich riesengroß vor den Augen der erschrockenen Deputierten erhob und ihnen zeigte, was sie versäumt hatten. Bei uns handelt es sich lediglich darum, dem Reichstage innerhalb eng umschriebener Grenzen ein solches Mitwirkungsrecht in auswärtigen Fragen zu sichern, wie es der Würde des zweiten Faktors der Gesetzgebung im Reiche entspricht und wie es zugleich im Interesse der Regierung liegt, die an Autorität dem Auslande gegenüber nur gewinnen kann, wenn ihr ein Reichstag zur Seite steht, der durch häufigere Befassung mit auswärtigen Angelegenheiten sich ein genügendes Maß von Schulung auf diesem Gebiete angeeignet hat.

Neueste Drahtmeldungen vom 27. November.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Am Bundesratstische Staatssekretär Graf Posadowsky und Freiherr v. Stengel: Die Denkschrift über die Ausführungen der seit 1875 erlassenen Anleihegesetze wird durch Kenntnisnahme erledigt. — Abg. Fritzen (Düsseldorf (Zentr.) bemerkt, die Denkschrift gebe ein trübes Bild unserer Finanzlage. Am 1. Oktober 1906 betrug der Gesamtbetrag unserer Reichsschulden annähernd 4 Milliarden Mark (Hört, hört!), und davon nur 421 Mill. Mk an wirklich produktiven Ausgaben für Eisenbahnen und Nord-Ostsee-Kanal, sowie Post- und Telegraphen-Verwaltung. Künftig dürften Anleihen nur für wirklich einmalige und außerordentliche Ausgaben aufgenommen werden und mit der Zuschußwirtschaft müsse ein für allemal aufgeräumt werden. Nur so werde die Schuldentilgung keine papierne bleiben. — Bei der ersten Beratung der Rechnungsübersicht für Kiautschou teilt Staatssekretär Freiherr v. Stengel mit, daß es zu seinem Bedauern nicht möglich sein werde, den Etat vor dem 1. bis 10. Dezember einzubringen, und zwar sei daran der Umstand schuld, daß es sehr schwierig sei, die Einnahmen aus dem neuen Zolltarif einigermaßen zuverlässig zu schätzen. Hoffentlich gelinge es aber trotzdem, den Etat rechtzeitig fertig zu stellen. Vor vier Jahren sei es geschehen, obgleich der Etat erst 4 Wochen später beim Reichstage eingegangen sei. — Abg. Singer (Soz.) widerspricht schon jetzt einer Beschleunigung der Etatberatung. Er rechnet für die erste Lesung acht Tage. Man müsse sich mit einem Etatnotgesetz behelfen. — Staatssekretär Freiherr v. Stengel legt Verwahrung gegen einen von Singer erhobenen Vorwurf ein, daß die verbündeten Regierungen durch die verspätete Einbringung der Etatvorlage die konstitutionellen Rechte des Reichstags hätten beschränken wollen. — Abg. Schwarze-Lippstadt (Zentr.): Wenn die Herren nicht so viel reden wollten, könnten wir in 4 Wochen in der Budgetkommission fertig sein. (Lebhafte Zustimmung und Widerspruch.) — Abg. Gothein (Freis. Volksp.): In der preußischen Budgetkommission, auf die man sich berufen habe, sei es kein Arbeiten mehr, da sei es vielmehr die reine Hetzpeitsche. — Die Uebersicht wird von der Tagesordnung abgesetzt und dann die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Rechtsfähigkeit der gewerblichen Berufsvereine fortgesetzt. — Abg. Träger (Freis. Volksp.) meint, der Entwurf sei eine Jubiläumsgabe zur silbernen Hochzeit des Deutschen Reiches mit der Sozialpolitik; aber von den Rechten, die mit uns geboren, sei darin nicht die Rede. Den Befähigungsnachweis für das Gesetzesbauhandwerk habe die Regierung nicht erbracht. Mit dieser Vorlage sei sie mit Pauken und Trompeten durchgefallen. (Sehr gut! links.) Graf Posadowsky solle eine sozialpolitische Leuchte sein, es scheine aber mehr ein Thermometer zu sein. Aus dem elegischen Ton seiner Rede sei zu entnehmen, daß er, wenn es nach seinem Herzen gegangen wäre, mehr gegeben hätte. Er mache den Eindruck eines gefesselten Prometheus. (Heiterkeit.) Die Gewerkschaften sollen durch die Vorlage ganz der Verwaltungsjudikatur ausgeliefert werden. Das dicke Ende komme dann nach. Auf den Leim kriechen wir nicht. (Heiterkeit.) Das Gesetz enthalte eine Menge Fußangeln. Fern sei es ihm, darin bei der Regierung Absicht zu sehen, o nein, es ist liebenswürdige Schwäche. (Heiterkeit.) Die Vorlage wolle viele Köpfe unter einen Hut bringen, der aber zu eng sei. — Staatssekretär Graf Posadowsky: Wenn der Abg. Träger den Kampf mit mir durchgemacht hätte, um das Gesetz so weit zu bringen, so würde er meinen Wunsch verstehen: Lassen Sie das Gesetz nicht im Hafen scheitern! Es ist ungerecht, zu sagen, daß das Gesetz ein Uebermaß von kleinlicher polizeilicher Kontrolle enthalte. Es handle sich hierbei um zwei Punkte, um den Schutz der Minderheit und die Möglichkeit einer Kontrolle, Freiheit des Vereins, aber auch der einzelnen Mitglieder innerhalb des Vereins. Mitgliederverzeichnisse seien notwendig, sonst würden ja die Vereine den Charakter eines Geheimbundes tragen. (Lebhafter Widerspruch.) Ein Einspruchsrecht werde der Behörde erst gegeben, wenn satzungswidrige Zwecke verfolgt würden. Es unterliege den richterlichen Nachprüfungen im Verwaltungsstreitfalle. (Abg. Heine ruft: Wo steht das?) Sie können doch keine Privilegierung gegenüber allen anderen Korporationen, gegenüber allen Parteiinteressen verlangen. Wollen Sie etwa auch den Richtern des Oberverwaltungsgerichts politische Interessen nachsagen? Das englische Recht enthält vielfach viel schärfere Bestimmungen als der Entwurf. Die Handlungsgehilfen fallen ebenso unter das Gesetz wie die Bergarbeiter. Das Bürgerliche Gesetzbuch ist noch jung. Bei einer solchen Aenderung seiner Bestimmungen für die gewerblichen Berufsvereine müßte man sich an die Grundlagen halten. — Abg. Dr. Potthoff (Freis. Ver.): Bleibe das Gesetz so, wie es sei, dann sei alle Arbeit zwecklos, weil kein vernünftiger Arbeiter- oder Arbeitgeberverein davon Gebrauch machen werde. Aendere man aber an den wesentlichen Bestimmungen, dann sei die Arbeit ebenfalls zwecklos, weil die Regierung sich darauf nicht einlassen werde. Der Staatssekretär berufe sich auf England, das weniger liberale Bestimmungen habe. Ja, wenn nur die Atmosphäre bei uns ebenso liberal wäre wie dort, dann würde man sich mit der Regierung sehr viel leichter verständigen. (Sehr wahr!) § 1 der Vorlage verschärfe die Frage der Konkurrenzklausel ganz erheblich für die kaufmännischen und technischen Privatangestellten. Diese Angestellten seien noch viel abhängiger als die Arbeiter, weil sie einen Streik nicht wollten oder einen Streik nicht unternehmen könnten. Die Entziehung der Rechtsfähigkeit mit der vorläufigen Beschlagnahme des Vermögens liefere die Vereine vollkommen in das Belieben der Polizei aus. Die großen Vereine der technischen Privatangestellten könnten die Rechtsfähigkeit gar nicht erwerben, da sie samt und sonders Angehörige der verschiedensten Industriezweige umfassen, ebensowenig der Deutsche Bankbeamtenverein, die Bureauangestellten usw. Es sei nötig, die soziale Fürsorge auch auf die geistigen Arbeiter auszudehnen, für die aber bringe der Gesetzentwurf statt Fortschritt nur Rückschritte. Redner schließt mit dem Wunsche, daß die Kommission den Begriff der Sozialpolitik nicht so engherzig fasse wie die Regierung. Man möge lieber ein gutes Gesetz schaffen, das die Regierung ablehne, als ein schlechtes Gesetz, das die Arbeiter und Privatangestellten ablehnen. — Abg. Korfanty (Pole) lehnt das Gesetz grundsätzlich ab, da es preußischen Geist atme. — Abg. Dr. Beumer (natl.) will der Legendenbildung entgegentreten, als handle es sich hier um ein Gesetz der Arbeitgeber und Knebelung der Gewerkschaften. Der Gesetzentwurf behandle Arbeiter und Arbeitgeber im vollsten Maße paritätisch. Der Meinungsumschwung in England in bezug auf die Haftbarkeit der Trades-Unions rühre einfach daher, daß England einen sozialdemokratischen Minister im kontinentalen Sinne habe. Die Rückständigkeit der englischen Industrie sei zum großen Teile auf die Trades-Unions zurückzuführen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Unter fortgesetzten Unterbrechungen der Sozialdemokraten geht Redner auf die Vorkommnisse bei dem neunwöchigen Streik auf „Rote Erde" ein, der den Beweis geliefert habe, daß Streikdie namenloses Elend über die Arbeiter brächten, von den Gewerkschaftsführern angezettelt werden, um die Arbeiter in die Organisation zu treiben. Ein Gesetz, wie es die Linke wolle, richte die Herrschaft der Sozialdemokratie im Staate auf. (Lebhafter Beifall rechts, Lachen links.) Die Vorlage geht auf Antrag Trimborns (Zentr.) an eine Kommission von 28 Mitgliedern. — Schluß ½9 Uhr. — Morgen 1 Uhr: Kolonial- und Nachtragsetat.

Lohnbewegungen.

Rom. (Priv.-Tel.) Der Obstruktion der Zollbeamten Genuas haben sich jetzt auch deren Kollegen in Mailand, Rom und Neapel angeschlossen. Die Beamten beklagen sich über übermäßige Arbeit, Langwierigkeiten in der Karriere und Verzögerung der versprochenen Reformen. Ihre Arbeit würde durch den Wagenmangel außerordentlich erschwert. Dazu komme, daß ihre Zahl zur Bewältigung ihrer Aufgaben nicht ausreiche. Der Finanzminister hat die Anführer der Bewegung disziplinarisch bestraft. Den Gemaßregelten brachten die Zollbeamten in Genua gestern in einer Versammlung stürmische Ovationen dar. In dieser Versammlung wurde Bericht über den Erfolg der Obstruktion vom ersten Tage erstattet, die durch die buchstäbliche Erfüllung der Zollvorschriften die größten Verzögerungen im Dienste hervorruft.

Pramanns Erbswurst! Pramanns Suppen! ★ Fabrik Radebeul 1/8.